

30 Expertinnen und Experten aus Ägypten und Deutschland diskutierten Zukunftsaussichten der Union für das Mittelmeer

von Annette Jünemann

Vom 14. bis zum 15. Oktober 2009 fand ein gemeinsamer Workshop des Egyptian Council for Foreign Affairs (ECFA), des Nahostforums e.V. (NOF) und der Deutsch-Arabischen Freundschaftsgesellschaft (DAFG) im Berliner Europahaus statt. Geladen waren rund 30 ägyptische und deutsche Expertinnen und Experten aus den Bereichen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, die in informeller Runde unterschiedliche Aspekte der Union für das Mittelmeer (UfM) diskutierten.

Die UfM ist eine im Sommer 2008 auf Initiative des französischen Staatspräsidenten Sarkozy angestoßene Neuausrichtung der Euro-mediterranen Beziehungen, deren Probleme - wie die Diskussion verdeutlichte - zwischen südlichen und nördlichen Mittelmeeranrainern unterschiedlich wahrgenommen werden.

Wenn Europäer von Sicherheit im Mittelmeerraum sprechen, denken sie an Terrorismus, illegale Migration oder die Proliferation von Massenvernichtungswaffen. Dies entspricht aber nicht der Prioritätensetzung unserer südlichen Nachbarn. So haben die ägyptischen Gäste es abgelehnt, das Thema Sicherheit unter Ausklammerung des für sie vitalen Nahostkonfliktes zu verhandeln. Auch dem Versuch der Europäischen Union, eine neue Mittelmeerregion zu konstruieren, die sich aus arabischen Küstenanrainern, Israel, der Türkei und einigen Balkanstaaten zusammensetzt und damit die israelisch-arabische Dichotomie neutralisieren soll, wurde seitens der Ägypter kritisiert. Sie verwiesen auf ihre Zugehörigkeit zur arabischen Welt und hätten sich eher ein euro-arabisches Forum der Zusammenarbeit gewünscht.

Die Integration der Arabischen Liga in die UfM wurde vor diesem Hintergrund als Schritt in die richtige Richtung begrüßt. Von deutscher Seite wurden die Ägypter mit Kritik an dem verbreiteten Autoritarismus in der Region und dem mangelnden Schutz der Menschenrechte konfrontiert. Diese Defizite, so der Vorwurf, lassen sich auch durch die dem Nahostkonflikt geschul-

deten politischen und wirtschaftlichen Probleme nicht rechtfertigen. Dass die UfM nicht (mehr) der Rahmen sei, um diese sensiblen Probleme zu bearbeiten, wurde von beiden Seiten erkannt, wenn auch unterschiedlich bewertet.

Chancen für eine Verbesserung der Zusammenarbeit im Rahmen der UfM sahen hingegen Vertreter der Wirtschaft. Vor allem das visionäre Project DESERTEC, durch das in den Wüsten der Maghrebstaaten in großem Stil Solarstrom produziert und nach Europa exportiert werden soll, faszinierte das Publikum. Getrübt wurde die positive Aufnahme allerdings durch die Politikferne der Referenten. Während ein Vertreter der Deutsch-Arabischen Industrie- und Handelskammer ausgerechnet Tunesien, das vermutlich repressivste Land in der gesamten Region, als Vorzeigepartner pries, vermochte der Vertreter von DESERTEC die Frage, welchen Mehrwert die arabischen Staaten und insbesondere die in

den Wüsten ansässigen Bevölkerungsgruppen von dem Projekt hätten, nicht zu beantworten.

Damit wurde der Eindruck indirekt bestätigt, dass die UfM nicht zuletzt der Entpolitisierung der euro-mediterranen Beziehungen dient. Die dahinter stehende Strategie, durch funktionale Zusammenarbeit politische Blockaden zu umgehen, verspricht Effizienz. Sie lässt sich gegen den Willen der arabischen Partnerländer aber nicht ohne weiteres umsetzen und wirft mit Blick auf die Themen Demokratie und Menschenrechte auch normative Probleme auf.

Insgesamt bot der kleine Kreis von Fachleuten einen geeigneter Rahmen für einen offenen und von diplomatischen Rücksichtnahmen freien politischen Dialog, der mit großer Ernsthaftigkeit und wechselseitigen Respekt geführt wurde. Dafür sei den Initiatoren und allen Beteiligten gedankt.



EMA-Connection: Mehrwert auf beiden Seiten durch Deserotec? (Foto: DESERTEC)